

Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

63. Jahrgang / Heft 142 • www.ubv.at • Jänner 2023

Am Anfang braucht man Mut, um am Ende glücklich zu sein
Verfasser unbekannt



Der UBV erarbeitet sich Respekt auf internationaler Ebene! Beim 10. Kongress des Europäischen Bauernverbandes in Sibenik (Kroatien) vertraten KR Johann Herbst

und KR ÖR Johann Großpötzl den österreichischen UBV, hier im Gespräch mit der Präsidentin Christiane Lambert (Frankreich). Siehe dazu Seite 2.

Der UBV wünscht ein
Gutes Neues Jahr!

Die Landwirtschaft Europas fährt ohne Kompass

COPA/COGECA tagte im Herbst 2022 in Šibenik in Kroatien. Der UBV Österreich war mit einer Delegation mit dabei und stellte der Präsidentin, Christiane Lambert, das UBV-Programm vor. Diese lud den UBV zur Programmvorstellung nach Brüssel ein.



In Šibenik wurden Weichen für die Zukunft der europäischen Landwirtschaft gestellt, diesmal von den Praktikern des europäischen Bauernverbandes COPA.



Die UBV-Vertreter konnten bei den Nachsitzungen so manche gute Idee den Kollegen nahe bringen.

Die Situation der Bauern in Europa ist dramatisch schwierig. Extremwetter-Ereignissen mit Klimakapriolen wie Dürre, Trockenheit und Überschwemmungen erschweren die Produktion im Pflanzenbau – also bei allen Kulturen, die im Freien erzeugt werden. Zudem sorgen untaugliche politische Rahmenbedingungen für enorm schlechte Erzeugerpreise, die die Bauern ökonomisch an den Rand des Ruins treiben oder sie ihre Existenz schon verloren haben.

Unter diesen schwierigen Vorzeichen tagte die Europäische Bauernorganisation COPA/COGECA in Kroatien. Alle 2 Jahre treffen sich die Mitglieder der europäischen Bauernverbände zum fachlichen Austausch. Christiane Lambert, Präsidentin des französischen Bauernverbandes FNSEA und derzeit Vorsitzende von COPA/COGECA betonte u.a. auch in den Gesprächen mit Johann Herbst und Johann Großpötzl vom UBV Österreich, dass Europas

Bauern diese schlechten Rahmenbedingungen nicht lange aushalten. Die Krise zeigt sich vor allem auch bei großen, genossenschaftlichen Strukturen. Dort „frisst“ die Verwaltung die Erträge der Betriebe. Ernährungssicherheit gibt es nur mit Bauern. Damit bäuerliche Familienbetriebe Chancen haben, müssen die Spielregeln passen. Nachdem allein die EU bis 2026 eine Steigerung der Lebensmittelproduktion von mindestens 28 % benötigt, braucht es dringend fitte Bauernhöfe. Eine besondere Herausforderung ist dabei u.a. die Sicherstellung von Eiweißfutter aus europäischer Erzeugung.

Die EU-Agrarpolitik ist derzeit komplett orientierungslos

„Die EU ist derzeit in der Agrarpolitik wie auch bei den Vorstellungen zum Klima ohne Kompass am Weg“, resümieren Herbst und Großpötzl die Tagung. Diese Orientierungslosigkeit bringt tausende bäuerliche Familienbetriebe um

ihre Existenzen. Lambert sieht in der beschlossenen neuen GAP aber nicht jedes Detail in Stein gemeißelt. Sie betont, dass konkrete Vorschläge, wie im UBV-Programm, auch offene Türen finden können.

Das UBV-Programm „Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“ wurde von Lambert mit großem Interesse von Herbst und Großpötzl entgegengenommen. Es könnte einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Spielregeln für die Bauern liefern. Der klare Fokus auf ökonomische Fakten sei der richtige Weg, echte ökonomische Perspektiven zu entwickeln. Konkreten Fakten mit nachhaltigen Argumenten kann sich niemand verschließen. Die Ernährungssicherheit wird es nur mit Bauern geben.

Dass Rentabilität vor Nachhaltigkeit stehen muss, betonten die Vertreter des UBV.

Offener Brief des UBV Steiermark an Minister Norbert Totschnig und die Kammerpräsidenten. Totschnig lädt UBV zum GAP-Gespräch ein

UBV Steiermark Obmann LKR Johann Ilsinger überreichte Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig im Rahmen des Steirischen Termins zur „Versorgungssicherheitstour“ an Norbert Totschnig einen offenen Brief des UBV Steiermark an den Minister und die Kammerpräsidenten Österreichs. Norbert Totschnig lud daraufhin den UBV zum fachlichen Meinungsaustausch zur GAP zum Gespräch ein.

Der Bauernbund versuchte, die Überreichung des Briefes zu verhindern. Als sich Obmann Ilsinger im Zuge der Diskussion zu Wort melden wollte, verhinderten dies Bauernbund-Funktionäre, indem sie den Moderator instruierten, Ilsinger nicht zu Wort kommen zu lassen. Bauernbund-Funktionäre – an der Spitze der steirische Bauernbund Obmann Seitinger – versuchten mit aller Macht zu verhindern, dass der UBV sich bei der Veranstaltung aktiv einbringen kann.

Obwohl die Veranstaltung als offizielle Tour erstmals am 13. Oktober per E-Mail an tausende Interessierte in ganz Österreich ergangen war, deklarierte der Bauernbund diesen Infotag als seine Veranstaltung. Mitarbeiter aus dem Ministerium leisteten diesem Verhalten zusätzlich Vorschub. Seitinger und einige seiner Funktionäre zeigten Anzeichen von Panik, als der UBV seinen offenen Brief allgemein bekannt machen wollte.

Der vom UBV aufgelegte offene Brief in Form einer Broschüre wurde auf den

Boden geworfen, gerade dass man nicht darauf herum trampelte. Einige Ministeriumsmitarbeiter waren sogar der Meinung, dass Obmann LKR Johann Ilsinger nicht in den Veranstaltungssaal dürfe!

Die neue GAP wird ein noch größeres Desaster als befürchtet

Inhaltlich war Minister Totschnig bemüht, etwas Licht ins Dunkel der neuen GAP-Hürden und Fallen zu bringen. Es wird aber nicht besser, sondern vielfach deutlich schlimmer und ärger, als dies bisher zu befürchten war.

Die UBV-Sichtweise, dass die GAP (Gemeinsame EU-Agrarpolitik) längst gescheitert ist und es dringendst neue Wege in der Agrarpolitik braucht, wurde mehr als nur bestätigt. Da mögen manche herumeiern wie sie wollen. Der UBV hat die dringend erforderlichen Korrekturen in der GAP, damit die Bauern ökonomische Perspektive haben, mit umsetzbaren Vorschlägen aufgelistet.

Bespitzelung, Kontrollen, Auflagen - und dafür weniger Geld

Die Bauern müssen sich auf noch deutlich mehr Kontrollen einstellen.

Unter dem Stichwort Digitalisierung schafft man über den so genannten Agraratlas <https://agraratlas.inspire.gv.at> eine lückenlose Erfassung mit allen Eckdaten inklusive „öffentliche“ Gelder.

Betretenes Schweigen ernteten die Teilnehmer auf die Frage, wo der Markt für z.B. Produkte aus der Schweinehaltung wäre, wo NGOs, Politik und Medien täglich höchste Tierstandards bei der Haltung einfordern. Die Schweinehalter wollen sofort umstellen. Doch wo ist denn der Markt, wo sind die Käufer, damit die enormen Kosten für den Stallumbau oder Neubau verdient werden können? Der sich gerne als Innovator inszenierende Landesrat Seitinger wusste darauf keine Antwort, und auch nicht auf die Fragen, warum man keinen Schutz für Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln zustande bringe oder ein Verbot für den Verbau von besten Ackerböden für die Photovoltaik. Seitinger meinte kleinlaut, das gehe nicht, denn dann würde es keine Koalition mit der SPÖ geben. So sieht also eine echte Bauernvertretung aus: Parteiinteressen stehen vor den Interessen der Bauern.



Die UBV-Delegation bei der Versorgungssicherheitstour von Minister Norbert Totschnig, in deren Rahmen der „offene Brief“ an den Minister und an die Kammerpräsidenten überreicht wurde. Von links: BKR Andreas Gusterhuber, BKR Christine Landl, BKR Thomas Schellnegger, LKR UBV Obmann Johann Ilsinger, BKR Werner Paar.

Unsere wichtigsten Themen und Punkte

Es gibt zwei konkrete Themenstellungen, denen alle politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen unterzuordnen sind, nämlich:

- Erhalt und Sicherung der Souveränität der Lebensmittelerzeugung und -versorgung
- Erhalt und die Sicherung der Energieversorgung

Die Umbrüche für die Land- und Forstwirte seit dem EU-Beitritt 1995 suchen ihresgleichen. Die Geschichte unserer Höfe ist geprägt von zahlreichen Umbrüchen, ständig wachsenden Auflagen, desaströsen Erzeugerpreisen, fehlender Abgeltung der Inflation und nur teilweiser Abgeltung all unserer Leistungen. Zusammengefasst: Es gibt eine große Anzahl an Ungerechtigkeiten und schlechte bis unfaire Spielregeln am Markt.

Unsere Leistungen für die Gesellschaft

- Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die Lebensmittel im Land erzeugt.
- Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die kostenlos die Kulturlandschaft gestaltet.
- Die Land- und Forstwirte sind die einzige Berufsgruppe, die mit der aktiven Bewirtschaftung von Grund und Boden, von Wiesen und Äckern oder Wäldern sowohl CO₂ speichern und gleichzeitig Sauerstoff erzeugen (Nähere Infos dazu bitte beim UBV per E-Mail anfordern).
- Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die bei Erzeugerpreisen und bei Leistungszahlungen vom Staat keine Abgeltung der Inflation haben.
- Dazu mutet man uns Bauern in Österreich unmögliche Spielregeln zu: So gibt es z.B. in Österreich zahlreiche Verbote bzw. Auflagen bei der Produktion von Lebensmitteln. Im Regal des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) bzw. im Supermarkt stehen jedoch zahlreiche Importwaren, bei denen die in Österreich geltenden Verbote oder Erschwernisse bei der Produktion nicht gelten.

Der UBV hat bereits 2018 angesichts der bevorstehenden neuen GAP ein konkretes Programm geschrieben und darin festgehalten, was die Bauern benötigen, damit sie ökonomisch eine echte Perspektive haben. Daraus leiten sich folgende zentrale Forderungen ab, die notwendig sind, um eine echte ökonomische Perspektive zu haben:

UBV FORDERUNG - Maßnahme 1:

- Eine Investitionsförderung für die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe – gerechnet je Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft. Das sind rund 400.000 Jobs mit jeweils 1.500 Euro/Monat = 18.000 Euro im Jahr.
- Diese Investitionsförderung soll dann auf die aktuell rund 150.000 Betriebe aufgeteilt werden. Damit hat man auch eine deutliche soziale Komponente geschaffen und stärkt so die kleineren Betriebe stärker.
- Das bedeutet je Betrieb rund 48.000 Euro Investitionsförderung. Das Geld muss in Österreich ausgegeben werden.
- Damit partizipiert die gesamte heimische, regionale Wirtschaft an dieser Investitionsförderung mit. Das ist die beste Stärkung des „Ländlichen Raumes“.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 2:

- Als zweite Maßnahme fordert der UBV die Stärkung der Bäuerinnen. Dazu fordern wir eine Mindestpension von 1.200 Euro, zusätzlich 200 Euro je Kind.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 3:

- Als dritte Maßnahme fordert der UBV die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Nothil-

fe-Fonds der Bundesregierung für die Jahre 2021 und 2022.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 4:

- Erhöhung der Umsatzsteuer beim Verkauf von agrarischen Erzeugnissen auf 20 %.

Diese vier Maßnahmen sind dringend notwendige direkte Unterstützungen für Bauern. Die Ausrede, es gebe dafür kein Geld, gilt nicht.

Der Staat hat genug Geld! Dazu ein paar Beispiele

79.000 Euro für jeden AUA-Mitarbeiter

Der Staat hat 2020 450 Mio. Euro bereitgestellt, um die marode AUA zu retten, das sind je AUA-Mitarbeiter rund 79.000 Euro!

62.000 Euro für die Pflege von 1 Hektar Autobahn/Straßen/Grünstreifen

Für die Gestaltung von Kulturlandschaft am Beispiel Straßenränder budgetiert man jährlich rund 62.000 Euro je Hektar. Als der UBV in seinem Grundsatzpapier eine gestaffelte Leistungsabgeltung von 900/700/500 Euro je Hektar zur Diskussion stellte, fielen viele aus den Wolken: Das sei zu teuer. Man vergleiche: Hier 62.000 Euro, dort 500 Euro je Hektar Kulturlandpflege! So billig wie die Bauern pflegt und gestaltet niemand das Land.

57.318 Euro Durchschnittsgehalt bei Beamten – rund 12.000 Euro bei den Bauern

Die Beamten gehören sicher nicht zu jenen, die am schlechtesten verdie-

nen. Trotzdem hat der Staat in den letzten fünf Jahren jährlich hunderte Millionen dazu gelegt. Diese Gehälter sind immer gleich und steigen jährlich. Insgesamt war das dem Staat rund 1,4 Milliarden Euro wert. Das sind keine Einmaleffekte, sondern jährliche Mehrkosten.

Vergleich **Brutto-Durchschnittseinkommen** verschiedener Gruppen im Jahr:

• Arbeiter und Arbeiterinnen	28.459 EUR
• Angestellte	32.444 EUR
• Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde)	34.946 EUR
• Beamte und Beamtinnen	57.318 EUR
• Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet dies schön (inkl. SV-Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet	28.000 EUR
Real liegt das Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft nach Abzug der SV-Beiträge:	12.250 EUR

Neben den Maßnahmen 1 – 4 sind für den UBV folgende zentrale Forderungen am Tisch, damit die Bauern ökonomisch eine Zukunft haben können:

1) Abgeltung der Inflation

Wir haben seit dem EU-Beitritt eine Inflation von knapp 75 %. Die nicht erfolgte Abgeltung der Inflation bei Ausgleichszahlungen und Erzeugerpreisen bedeutet einen enormen Kaufkraftverlust von bis zu 90 %. Umgelegt auf die Inflation müssten die Ausgleichszahlungen um 75 % je Maßnahme höher sein. D.h. 1.000 Euro zum EU-Beitritt müssten heute 1.750 Euro sein. Wir wollen die Inflation rückwirkend ab dem EU-Beitritt abgegolten bekommen.

2) Gleiche Spielregeln in der Produktion

Wir fordern ein Verbot des Handels und des Vertriebs von Lebensmitteln, die nicht nach den gleichen Spielregeln/Vorgaben erzeugt werden, wie das bei uns gefordert bzw. gesetzlich vorgegeben ist. Das heißt ein Importverbot von Lebensmitteln, die nicht unseren vorgegebenen Produktionsstandards entsprechen.

3) Maximal 100 % Preisaufschlag beim Handel mit Lebensmitteln für den LEH

Wegen fehlender Spielregeln beim Handel mit Lebensmitteln erdrücken uns importierte Billigwaren im Regal des LEH. Daher braucht es eine Regelung, die besagt, dass der LEH max. 100 % auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Damit wäre das Preisdumping beendet.

4) Stopp des unkontrollierten Handels mit Lebensmitteln

Ohne Kontrolle ist beim grenzüberschreitenden Handel mit Lebensmitteln dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Eine Kontrolle kann den Betrug abstellen. AMA, AK und LK sollten diese Lebensmittelkontrollen umsetzen.

5) Echte Leistungsabgeltung für Kulturlandschaftspflege

Wieso bewertet man bis heute nicht die Leistung der Land- und Forstwirte für die Pflege und Gestaltung von Kulturland? Bisher machen wir Bauern das gratis! Wir wollen eine Abgeltung dieser Leistungen.

6) Abgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff

Wir speichern Unmengen an CO₂ in der jährlich neu erzeugten Biomasse und gleichzeitig erzeugen wir Sauerstoff! Warum gibt es keine Möglichkeit eines CO₂-Zertifikathandels für uns, während dies für Autohersteller schon möglich ist? Wir fordern eine Abgeltung der Leistung CO₂-Speicherung und Sauerstoff-Erzeugung.

7) Abgeltung aller Leistungen, die von den GAP-Ausgleichszahlungen nicht erfasst und bezahlt werden, durch nationale Maßnahmen

Es wurde von den jeweiligen Agrarministern abwärts immer wieder betont, dass jede Verkürzung der Leistungsabgeltungen bzw. Ausgleichszahlungen im Rahmen der GAP national abgegolten werden. Wir fordern daher für all jene Leistungen, die von den Land- und Forstwirten erbracht und nicht über GAP-Gelder bezahlt werden, dass diese national von der Republik Österreich bezahlt werden.

Ohne Bauern verarmen und „frieren“ Land und

Bei der jüngst abgehaltenen UBV Steiermark Generalversammlung wurde von den Teilnehmern, vom UBV-Vorstand und vom erfolgreichen Bauern und Festredner – FRUTURA Chef Manfred Hohensinner – unmissverständlich aufgezeigt: „Ohne Bauern, die regionale Lebensmittel erzeugen, welche auch in den Regionen verkauft werden, wird unsere Gesellschaft so arm und kalt, wie ein Winter ohne Heizung.“

Manfred Hohensinner, der einst selbst Milchkühe gemolken und Birnen gedörrt hat, machte in seiner beeindruckenden Festrede mit klaren Fakten deutlich, welchen Wert eine intakte heimische Landwirtschaft für unsere Gesellschaft hat. Der Öffentlichkeit, der Verwaltung, den Medien und der Politik sei zum Großteil nicht bewusst, was die heimischen Bauern konkret leisten. Wenn es nicht rasch und unmittelbar einen dramatischen Paradigmenwechsel bei der Bewertung der Leistungen der Bauern und eine echte Abgeltung dieser Leistungen gibt; wenn es kein ehrliches Bekenntnis zu ihren regional erzeugten Lebensmitteln gibt, dann werden viele Bauern aus ökonomischen Gründen ihre Betriebe zusperren und die „Scholle“ verlassen. Es ist derzeit kaum bewusst, wie dramatisch die ökonomische Situation bei vielen Bauern auf Grund der extremen Schiefelage bei den Leistungsabgeltungen ist. Und es ist auch nicht bewusst, welchen enormen ökologischen und ökonomischen Schaden die Gesellschaft mit dem Wegbrechen der heimischen Bauern erleiden werden bzw. zum Teil bereits erlitten haben.

Beispiel FRUTURA: Von 0 auf 500 Millionen Umsatz

Hohensinner zeigte am Beispiel seiner FRUTURA Gruppe aber auch ein positives Beispiel auf, wie man mit neuen Wegen seine bäuerliche Zukunft absichern kann. Als sie vor rund 20 Jahren anstatt eines Milchkuhstalls eine Obstdörranlage bauten und damit die Firma ÖTZ mit Kletzen versorgten, wurden Hohensinner und seine zwei Freunde

und Bauern Hans Schwarzenhofer und Franz Städtler belächelt. Nachdem sie dann auch noch das Thermalwasser als Energie für den Betrieb von Glashäusern ins Auge fassten und dann umzusetzen begannen, hat so mancher ihnen einen „Vogel“ gezeigt. Hohensinner und seine Freunde ließen sich aber von ihrem Weg nicht abbringen.

„Wenn man bedenkt, dass 90 % der Tomaten in Europa aus dem Glashaus kommen, dann kann man sich diesem Weg nicht verschließen. Aber auch viele andere Gemüsesorten wachsen im Glashaus. Die Folge der explodierenden und nicht einschätzbaren Energiekosten werden zur Folge haben, dass es in Europa zeitnah zu einem enormen Mangel an Gemüse kommen wird“, zeigte Hohensinner die dramatische Entwicklung für Lebensmittel auf. Und weiter:

„Die Konsequenz wird sein, dass in jenen Regionen, wo man klimatisch Gemüse oder auch Obst erzeugen kann, es mit einer einher gehenden klimatischen Veränderung und damit z.B. durch wenig Wasser weniger Erträge gibt, Obst oder Gemüse sehr teuer werden wird, sofern man es bekommt. Diese Entwicklung wird alle anderen Lebensmittelbereich mit betreffen. Das bedeutet einen Engpass bei Lebensmitteln auch in Europa, nicht nur z.B. in den Entwicklungsregionen Afrikas. Damit wird und ist klar: Man muss die eigenen Bauern hegen, pflegen und schützen. Man muss ihnen jene Rahmenbedingungen und Spielregeln schaffen, die den Bauern echte ökonomische Perspektiven geben. Der

Wert der Leistungen der Bauern für die Gesellschaft ist in ökonomischen Fakten kaum darstellbar und nicht bezahlbar. Es wundert schon sehr, dass man die Bauern in so vielen Fragen offensichtlich im Regen stehen lässt.“ Heute, 20 Jahre nach dem Start von FRUTURA, setzen die 3 oststeirischen Bauern als größter Obst- und Gemüsevertriebspartner in Österreich rund 500 Mio. Euro um und beschäftigen derzeit mehr als 900 Mitarbeiter als Vollarbeitskräfte.

Die UBV-Vorstellungen und Wünsche beurteilt der Unternehmer und Bauer Manfred Hohensinner als nicht überzogen, sondern als absolut notwendig.

Neuer Vorstand setzt Linie fort

Der wiedergewählte UBV-Steiermark Landesobmann Hans Ilsinger betonte nach dem spannenden Vortrag und der interessanten Diskussion mit den Teilnehmern in seinem Schlusswort: „Leider sind die Bauern zu oft zu sehr in parteipolitische Taktiken verstrickt. Es ist wichtig, dass man die Lebensmittelerzeugung und Verarbeitung und damit insbesondere die Bauern aus den parteipolitischen Spielen heraushält. Dafür muss man klar und deutlich definieren, was die Landwirtschaft konkret an Unterstützung und Spielregeln braucht, und dies ist dann in Brüssel erfolgreich zu verhandeln und umzusetzen. Die GAP entspricht einer Lohnverhandlung für 5 oder 7 Jahre. Derzeit sei es so, dass man sich in Brüssel einfach zu viel Unsinn ausdenkt – anders kann man die Vorschläge zur aktuell beschlossenen GAP nicht bezeichnen. Diese nicht

d Gesellschaft



Der neue Landesvorstand stellt sich vor:

(v.l.) Obmann Stellvertreter LKR Josef Wallner, Obmann LKR Johann Ilsinger, Obmann Stellvertreter BKR Florian Taucher, Festredner und Unternehmer Manfred Hohensinner, UBV Österreich Obmann Stellvertreter und UBV NÖ Landesobmann LKR Herbert Hochwallner (Leiter der Neuwahlen)

mehr zumutbaren Vorschläge werden von den heimischen Agrarvertretern in Österreich abgenickt. Die heimischen Bauernvertreter überlegen dann monatelang, wie sie den Bauern erklären, warum es wieder weniger Geld, dafür aber mehr Auflagen und Kontrollen gibt. Vorher tun sie meist so, als ob sie nicht wüssten, was auf die Bauern zukommen wird.

Man fragt sich zu Recht, was denn eigentlich unsere Vertretung in den verschiedenen Gremien macht. Der UBV hat in Österreich weit vor dem Beginn zur neuen GAP-Periode als einzige Bauernorganisation ein Programm

geschrieben, in dem klar aufgelistet ist, was die Land- und Forstwirtschaft braucht und wie man konkret die Spielregeln gestalten muss. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist komplett gescheitert. Sie wurde für Konzerne geschrieben und geschaffen und nicht für Bauern. Die Bauern sind die modernen Sklaven, es braucht wieder eine Bauernbefreiung wie 1848.“

Wahl des neuen Vorstandes

- Obmann bleibt LKR **Johann Ilsinger** – Liezen
- Obmann-Stellvertreter sind LKR **Josef Gottlieb Wallner** aus Murau,

BKR **Florian Taucher** (Graz-Umgebung), BKR **Barbara Kapaun** (Leoben) und LKR **Johann Herbst** (Weiz).

- Kassier LKR **Mag. Gerhard Mariacher** (Graz-Umgebung), Stellvertreter: **Ing. Martin Brauchart**
- Schriftführer **Alois Feldhofer** (Weiz); Stellvertreter **Angela Picknitter** (Graz Umgebung)
- Rechnungsprüfer BKR **Ing. Georg König** (Murta) und BKR **Martin Pfeifer** (Weiz)
- Weitere Vorstandsmitglieder: Alle gewählten UBV-Kammerräte

Unsere Anträge



UBV NÖ
VV der LLWK am
5. Dezember 2022

Antrag 1: **Wildeflussmonitoring**

Die Vollversammlung der Landeslandwirtschaftskammer NÖ fordert die NÖ Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit eine Naturverjüngung auch im Bauernwald wieder möglich ist. Darüber hinaus wäre eine Novellierung des NÖ Jagdgesetzes durchzuführen, in dem die Grundeigentümer mehr Rechte haben.

In den Ausschuss Forst verwiesen

Antrag 2: **Güllelagerraum – Nitrataktionsprogramm - AmmoniakreduktionsVO**

Die neuen Richtlinien des Nitrataktionsprogramms AmmoniakreduktionsVO 2023 bringen wesentliche Änderungen zum Nachteil der Bauern. Auf den Betrieben wird dies zu teuren Investitionen führen. Auf Ackerflächen dürfen nach der Ernte keine leichtlöslichen N-Dünger (Gülle) mehr ausgebracht werden, Ausnahmen: Anbau: Raps, Wintergerste, Zwischenfrüchte vor dem 15.10.; Maximale Herbstgabe 60 kg N ha N ab Lager.

Verbotszeitraum leichtlöslicher N Dünger Acker 1.11.anstatt 15.11

N Düngeverbotszeitraum im Frühjahr 1. bis 16. Februar.

Keine Düngung auf nicht aufnahmefähige Böden: gefroren, wassergesättigt und schneebedeckt.

Diese Maßnahmen bewirken, dass tierhaltende Betriebe mit Ackerfläche die Gülleausbringung in die Sommermonate verlegen müssen – nach der Getreideernte. Der nächstmögliche Termin der Düngung ist am 1. bzw. 16. Februar, wenn der Boden aufnahmefähig ist. Das heißt, die Betriebe haben ein massives Güllelagerproblem. Wir brauchen Güllelager für mind. 10 bis 18 Monate, um die Maßnahmen korrekt einhalten

zu können. Es ist nicht zu dulden, dass wir Landwirte die Kosten für Bauwerke und Investitionen tragen müssen, die uns Bauern durch Beschlüsse der Regierung auferlegt werden. Wenn von der Gesellschaft und Wirtschaft diese Maßnahmen gefordert werden, dann müssen die dadurch entstandenen Kosten vom Staat übernommen werden.

Die Vollversammlung LLWK NÖ fordert das Landwirtschaftsministerium und die zuständigen Stellen auf, die Kosten für die zusätzlichen Güllelagerplätze und die Abdeckung der bestehenden Anlagen zu 100 Prozent zu übernehmen.

Vom Bauernbund abgelehnt

Antrag 3 **Strompreis- und Spritpreisdeckel einziehen, Wiedereinführung eines ermäßigten Agrardiesels**

Der UBV Niederösterreich fordert die sofortige Umsetzung eines Strompreis- und eines Spritpreisdeckels (z.B. durch die Halbierung des Steueranteils) sowie eine finanzielle Unterstützung aller agrarischen Betriebe, die wegen der ungerechtfertigten, rein spekulativen hohen Strom- bzw. Energiekosten in ihrer Existenz gefährdet sind.

Die Vollversammlung der LLWK Niederösterreich fordert sämtliche Fraktionen des Nationalrats sowie die Bundesregierung auf, sofort die Spritsteuer zu halbieren und die Stromkostenerhöhung maximal mit einem 100 % Aufschlag auf die tatsächlichen Gesteungskosten zu belegen. Die bestehende Regelung, dass gemäß Merit-Order Prinzip die teuerste Produktion von Strom (dzt. aus Gas) die Höhe des gesamten Strompreises bestimmt, ist zu überdenken. Des weiteren ist ein ermäßigter Agrardiesel für die Land- und Forstwirtschaft in Österreich wieder einzuführen

Vom Bauernbund abgelehnt

Antrag 4 **Förderung der organischen aeroben Aufbereitung von flüssigen LNPs**

Die Vollversammlung der LLWK Niederösterreich fordert das Umwelt- und Klimaschutzministerium sowie das Landwirtschaftsministerium auf, einen angemessenen Förderbeitrag (1,00 Euro pro m³ Gülle) für diesen Mehraufwand sowie die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen sowie eine organische Gülleforschung einzurichten.

In den Ausschuss Betriebswirtschaft verwiesen

Antrag 5 **Rechtsklarheit über Datenhoheit**

Derzeit werden verschiedenste Daten von landwirtschaftlichen Flächen im Rahmen von Digitalisierung und Precision Farming im Zusammenhang mit automatisierten Lenksystemen und elektronischer Erfassung von Bodenbeschaffenheiten erhoben, und es ist unklar, wer Zugriff auf diese Daten haben darf. Es ist dringend notwendig, diesbezüglich Rechtsklarheit herzustellen. Diese Rechtsklarheit muss darauf hin ausgerichtet sein, dass die Datenhoheit den Bewirtschaftern bzw. den Grundeigentümern zu Eigen wird.

Die Vollversammlung der LLWK NÖ möge beschließen, dass die LK Österreich auf die zuständigen Ministerien einwirkt, um baldigst einen Gesetzesentwurf dazu zu erarbeiten.

Vom Bauernbund abgelehnt

Antrag 6 **Klein/Kleinstbiogasanlagen**

Die Vollversammlung der LLWK NÖ fordert den Landtag, Nationalrat und die zuständigen Ministerien auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bau und den wirtschaftlichen Betrieb von Klein/Kleinstbiogasanlagen zu ermöglichen.

Vom Bauernbund abgelehnt

Antrag 7**Indexanpassung der AMA-Auszahlungen**

Die Vollversammlung der LLWK NÖ fordert die zuständigen Stellen auf, sich für eine entsprechende indexangepasste Steigerung (wie es derzeit bei den Versicherungen, Baukosten, Energiekosten, Löhnen, Pensionen etc. stattfindet) der AMA-Auszahlungen einzusetzen und auch durchzuführen. Mittlerweile beträgt die Inflation 11 Prozent und wird sich auch in absehbarer Zeit nicht nach unten bewegen. Die Ausrede „es ist nicht möglich“ wäre sonst auch bei allen anderen Sparten, die sehr wohl eine Indexanpassung erhalten, anzuwenden.

Vom Bauernbund abgelehnt

Antrag 8**Sofortige Änderung der Richtlinie Erneuerbare Energien (RED III)**

Die Vollversammlung der LLWK NÖ fordert die Bundesregierung, den Agrarminister sowie sämtliche Fraktionen im Nationalrat sowie im EU-Parlament auf, in allen ihren Beschlüssen die rechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und zu gestalten, dass

- der Ausbau der Biomasse von staten gehen kann, um so rasch als irgend möglich Erdgas, Erdöl und Kohle sowie den hoch geförderten Atomstrom zu ersetzen;
- regionale Wertschöpfung aus Holz in Österreich wie in allen anderen EU-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen;
- Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung klar als „nachhaltig“ in allen Dokumenten zu deklarieren wie definieren und als hervorragenden, nachwachsenden Rohstoff und Energiequelle zu verstehen;
- den verstärkten Ausbau der Biomasse als erneuerbare Energiequelle in allen Teilen der EU systematisch und durchgehend zu unterstützen und zu fördern.

Vom Bauernbund abgelehnt



**UBV Salzburg
VV der LK am
2. Dezember 2022**

Antrag 1**Monitoring Info**

Beim AMA-Flächenmonitoring fordert der UBV Salzburg den Präsidenten der LK Salzburg auf, dafür zu sorgen, dass den Landwirten, die über die Fernüberwachung kontrolliert werden, die vorhandenen Satellitenbilder zur Verfügung gestellt werden.

Der UBV Salzburg fordert die Vollversammlung der LK Salzburg auf, sich für die Bereitstellung der Satellitenbilder bei den entsprechenden Institutionen einzusetzen.

Antrag 2**AMA-Almflächen**

Die computerbasierte Flächenerfassung der Almfutterflächen ist stark fehlerhaft und hat nicht die notwendige Objektivität und nichts mit den tatsächlichen Verhältnissen auf den Almen zu tun. Der Wunsch nach einer Kontrolle der Außengrenzen über Luftbilder ist verständlich, aber eine Erfassung der Vegetation und eine Feststellung, wo Beweidung von Vieh möglich ist über derartige Techniken zu erkennen, ist praxisfremd und höchst ungenau. Einige Beispiele zeigen, wie innerhalb von drei Jahren und trotz eines Viehbesatzes von fast 2 GVE/ha eine Alm um ein Viertel kleiner wird.

Wenn die Flächen, die vom Computer als nicht beweidbar eingestuft sind, als Almfutterfläche wegfallen, ist eine sinnvolle Bewirtschaftung der Almen nicht mehr gegeben, denn dann ist der notwendige Viehbesatz der Almen nicht mehr möglich.

Die AMA und die Agrarpolitik in Österreich ist nicht fähig, ein vernünftiges Flächenerfassungssystem auf die Beine zu stellen, das die tatsächlichen Gegebenheiten auf den Almen widerspiegelt, sie sind daher für das Sterben der Österreichischen Almwirtschaft

verantwortlich. Der UBV Salzburg fordert den Präsidenten der LK Salzburg, den Obmann der Salzburger Almwirtschaft und die Vollversammlung auf, sich unverzüglich für eine Lösung des Almproblems einzusetzen.

Antrag 3**Landesförderung**

Insektenschonende Mähtechnik wird im neuen ÖPUL nicht ausreichend abgedeckt (nur Aufbereiter-Verzicht). Daher fordert der UBV Salzburg die LK Salzburg auf, eine Landesförderung (ca. 175 Euro/ha) für den Einsatz oszillierender Mähtechnik zu erwirken. Diese Maßnahme würde die Bergbaubetriebe stärken und ein zusätzlicher Anreiz sein, um die Artenvielfalt in Salzburg zu fördern.

Antrag 4**Sozialversicherungsbeiträge übernehmen**

Die VV der Landwirtschaftskammer Salzburg fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, in den Jahren 2023 und 2024 als Teuerungsausgleich für je ein Quartal die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern zu übernehmen. Das wäre eine einfach durchführbare Sofortmaßnahme für alle Landwirte.

Dringlichen Antrag**Agrardiesel**

Der Präsident und die Vollversammlung der LWK Salzburg fordern den Landwirtschafts- und Finanzminister auf, für Agrardiesel die gleichen Voraussetzungen zu schaffen wie bei Kerosin für den Flugverkehr. Es wird immer davon gesprochen, dass die Landwirtschaft so wichtig ist für die Versorgungssicherheit, aber anscheinend ist der Flugverkehr wichtiger. Es ist geradezu eine Verhöhnung der Bauern, wenn die letzten zwei Landwirtschaftsminister seit 1½ Jahren bei einem Zuschuss von 7 Euro je Hektar Grünland von einer Unterstützung für die Landwirtschaft reden.

Antrag**Datenbank**

Der Präsident und die VV der LWK Salzburg fordern den Landwirtschaftsminister auf, eine Datenbank einzurichten, aus der ersichtlich ist, wer wieviel für welche Maßnahme aus dem Waldfonds erhalten hat. Alle Förderungen, die 1000 Euro überschreiten, sollen einfach, unbürokratisch und schnell einsehbar sein. Es ist wichtig für die Land- und Forstwirte zu wissen, wofür und von wem das ihnen zugeschriebene Geld verwendet wird.



UBV Steiermark
303. VV der LK am
14. Dezember 2022

Antrag 1**Neuverhandlung – Nachverhandlung der GAP ab 2023**

Die VV der Landwirtschaftskammer Steiermark fordert die gesamte Bundesregierung sowie den Agrarminister auf, die GAP neu zu verhandeln, jedenfalls nachzuverhandeln. Das derzeit am Tisch liegende Papier ist unbrauchbar und ruiniert den Bauernstand. Wir wollen faire, gleiche Spielregeln, wie jede andere Berufsgruppe in diesem Land. Der vorliegende Beschluss zur neuen GAP garantiert keinen fairen Wettbewerb für die Bauern und ihre Erzeugnisse in Europa.

Antrag 2**Gesetzlicher Schutz von Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln – Keine PV-Anlagen auf Acker und Grünland – Ausnahme: Grenztragsböden**

Die VV der LK Steiermark fordert die steirische Landesregierung und die österreichische Bundesregierung auf, einen gesetzlichen Schutz der landwirtschaftlichen Flächen für die Erzeugung von Lebensmitteln zu fixieren. Es braucht Vorrangflächen für die Erzeugung regionaler Lebensmittel. Nur so sichert man die regionale Versorgung mit Essen und schützt die Bürger vor

Abhängigkeiten durch Importe. Eine solche gesetzliche Verankerung ist unmittelbar zu gestalten und zu beschließen. Für das Ziel erneuerbare Energien mittels Photovoltaik ist auch gesetzlich festzuhalten, dass die derzeit nicht genutzten Industriebrachen und sonstigen Brachen sowie bestehende und neu zu errichtende öffentliche Gebäude verbindlich für diese Ziele verwendet werden.

Antrag 3**Eine Milliarde Euro für den Neu-/Umbau von Tierwohlstallungen in der Schweinehaltung sowie Absatzgarantie für die in Tierwohl-Stallungen gehaltenen Tiere**

Die VV der Landwirtschaftskammer Steiermark fordert die österreichische Bundesregierung und die steirische Landesregierung auf, eine Investitionsmilliarde für den Umbau bzw. Neubau von Tierwohlstallungen – ausschließlich die Schweinehaltung betreffend – bereit zu stellen. Weiters werden beide Regierungen aufgefordert, die Spielregeln hinsichtlich „Handel mit Lebensmitteln“ so zu gestalten, dass nur mehr solche Lebensmittel aus tierischer und pflanzlicher Erzeugung im LEH (Lebensmitteleinzelhandel) verkauft werden dürfen, welche die gleichen Auflagen bei der Produktion erfüllen, wie dies bei uns seitens der EU, der Republik Österreich sowie durch Medien, dem LEH und von diversen NGOs ständig gefordert wird.

Antrag 4**Wasserwirtschaftsplan mit Wasserrecht für die Land- und Forstwirtschaft. Erstellung eines Wasserwirtschaftsplans für die Land- und Forstwirtschaft (inkl. gesetzlich verankertes Recht für die betriebliche Wassernutzung) durch das Land Steiermark. Aktivierung und****Forcierung der Waldbrandprävention auf Landes- und Bezirksverwaltungsebenen sowie in Gemeinden.**

Die VV der LK Steiermark fordert die österreichische Bundesregierung und die Landesregierung auf, umgehend einen Wasserwirtschaftsplan zu erarbeiten, der gesetzlich im Verfassungsrang der Landwirtschaft die Nutzung des Wassers für die regionale Erzeugung von Lebensmitteln sichert. Dazu soll auch gesetzlich festgeschrieben werden, dass alle bereits gebauten oder in Bau bzw. in Planung befindlichen Wasserrückhaltebecken so gebaut werden oder nachgerüstet werden müssen, dass sie Regenwasser oder Schmelzwasser permanent speichern können. Dieses Speicherwasser soll als Reserve für die Erzeugung von Lebensmitteln durch Bauern genutzt werden können. Weiters ist gesetzlich festzuhalten, dass man entlang der großen steirischen/österreichischen Flüsse Wasserspeicheranlagen baut, wo Wasser aus den Flüssen gespeichert werden kann. So schafft man eine sichere Wasserversorgung für die landwirtschaftliche Produktion. Im Zusammenhang mit der Betreuung einer Teichwirtschaft sowie der Stromgewinnung für den Eigenbedarf mittels Wasserkraft sind die gesetzlichen Vorgaben so anzupassen, dass eine jeweils rasche Umsetzung gewährleistet ist.



UBV OÖ
VV der LK am
16. Dezember 2022

Der UBV fordert...

Antrag 1**Rechtsschutz bei Güllelagerung**

... sich beim Klimaschutzministerium sowie bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, **die Verordnung zum Abdecken von Bestandsanlagen oder Behältern zur Lagerung von flüssigem Wirtschaftsdüngern und flüssigem Gärrest aus dem Maß-**

nahmenkatalog zur Ammoniakreduktion zu streichen.

Die neue Ammoniakreduktionsverordnung sieht für den Sektor Landwirtschaft zur Erreichung der Ammoniakreduktion unter anderem eine Abdeckung von bestehenden Anlagen oder Behälter zur Lagerung von flüssigen Wirtschaftsdüngern und flüssigem Gärrest bis zum 1. Jänner 2028 vor.

Das Klimaschutzministerium überprüft diese Verordnung bis Ende 2025 um sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen seitens der Landwirtschaft getroffen wurden.

Überprüft soll die Erforderlichkeit der Aufrechterhaltung der Verpflichtung zur Abdeckung von Anlagen oder Behälter zur Lagerung von flüssigem Wirtschaftsdünger und flüssigem Gärrest für Bestandsanlagen werden.

Da es sich bei den oben genannten Behältnissen um bauliche Anlagen mit Genehmigungsverfahren handelt, ist davon auszugehen, dass der gesetzliche Bestandsschutz, wonach Rechtsverhältnisse bereits vor einer verschärfenden gesetzlichen oder vertraglichen Neuregelung bestanden haben, greift. Wie alt die Anlage oder die Genehmigung ist, spielt dabei keine Rolle. Durch Bestandsschutz soll verhindert werden, dass neue oder geänderte Gesetze in die Rechte Dritter eingreifen und diese Rechte einschränken oder gar beseitigen. Damit gehört der Bestandsschutz zur Rechtssicherheit, weil andernfalls das Vertrauen in den Bestand des geltenden Rechts rückwirkend enttäuscht und damit der fundamentale Wert der Rechtssicherheit verletzt wird.

Dafür: UBV, FB, SPÖ-Bauern;

Dagegen: BB, Grüne

Antrag 2

Aufzeichnungspflicht nicht ändern

... dass die Art und Weise der **bisherigen Aufzeichnungspflicht bezüglich Dünger, Pflanzenschutz etc. beibehalten wird.** Die kommenden Aufzeichnungspflichten sind nicht praxistauglich und unverhältnismäßig

hoch, verglichen zum Nutzen. Die zusätzliche Satellitenüberwachung darf nicht zu mehr Sanktionen für die Landwirte führen.

Dafür: UBV, FB, SPÖ-Bauern;

Dagegen: BB, Grüne

Antrag 3

Entgeltfortzahlung für Betriebsführer

... die beschlossene **Entgeltfortzahlung für freiwillige Großeinsätze nicht nur Unselbstständigen zu gewähren.** Auch land- und forstwirtschaftlichen Betriebsführern und deren Mitversicherten muss ebenfalls diese Ersatzprämie für derartige Einsätze bezahlt werden.

Dafür: UBV, FB, Grüne;

Dagegen: BB, SPÖ-Bauern

Antrag 5

Lebensmittelkennzeichnung

... eine sofortige, nicht erst in der nächsten Regierungsperiode, **verpflichtende Lebensmittel-Herkunfts-Kennzeichnung auch in der Gastronomie** einzuführen. Dies würde ein wesentlicher Beitrag für den viel diskutierten Klimaschutz, Umweltschutz und Tierschutz leisten. Ebenso würde der regionale Arbeitsmarkt und die regionale Wertschöpfung unterstützt. Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drin sein.

Einstimmig angenommen

Antrag 6

Strohprämie ausweiten

... die **Strohprämie im ÖPUL pro GVE auf alle weiblichen und männlichen Rinder sowie Schweine**, die die Voraussetzungen erfüllen, auszuweiten.

Dafür: UBV;

dagegen: BB, Grüne, FB, SPÖ-Bauern

Antrag 7

Inflationsanpassung

... die **einkommenswirksamen Gelder der Inflation anzupassen.**

Trotz Teuerungsausgleich gibt es in anderen Berufsgruppen Lohnverhand-

lungen, um die Löhne möglichst der Inflation anzupassen. Nachdem ein Teil der Förderungen für die Landwirte einkommenswirksam ist, brauchen wir auch da den Inflationsausgleich.

Dafür: UBV, FB, SPÖ-Bauern;

Dagegen: BB, Grüne

Antrag 8

Förderung ausweiten

... die **Jungübernehmerhektarförderung** von 66 Euro auf 134 Euro – wie in Bayern – anzugleichen.

Dafür: UBV, FB;

Dagegen: BB, Grüne, SPÖ-Bauern

Antrag 9

NAPV (Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung) praxisgerecht anpassen

... umfangreiche und für den Landwirt lukrative Fördermodelle für umfangreiche und erweiterte Zwischenfruchtprogramme in den betroffenen Gebieten gemäß Anlage 5 anzubieten und dafür die Einschränkungen der Düngermengen in den Gebieten gemäß Anlage 5 zurückzuziehen.

... die Novelle der NAPV erneut zu überarbeiten und das Zeitfenster für die Düngerausbringung wieder zu verlängern, damit den Landwirten umwelt- und bodenschonendes Arbeiten erleichtert wird.

Dafür: UBV, FB, SPÖ-Bauern;

Dagegen: BB, Grüne

Land OÖ ehrt UBV Kammerrat ÖR Johann Großpötl mit Silbernem Verdienstzeichen

„Das ist eine besondere Auszeichnung, sie ist Dank und Anerkennung zugleich für dein Engagement, das über das übliche Maß weit hinausgeht“, lobte Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer den Ausgezeichneten.

Schon in jungen Jahren engagierte sich Johann Großpötl aus Sigharting für die Anliegen der Bauern, initiierte den Vortragszirkels Unteres Innviertel und organisierte landwirtschaftliche Fachexkursionen. Auf seinem Rinderzucht- und Milchviehbetrieb absolvierten fast 80 angehende Junglandwirte ihre Praktika. ÖR Großpötl ist Gründungsmitglied mehrerer Einkaufsgemeinschaften und einer der Sprecher dieser Organisation, welche mittlerweile österreichweit tätig ist. Weiters ist er Gründer und Ehrenobmann der

Milchliefergemeinschaft, bei der der betriebswirtschaftliche Aspekt im Vordergrund steht und die Milchproduzenten mittlerweile ihren Milchabnehmer frei wählen können. Unter anderem ist es sein Verdienst, dass die Molkerei Jäger nach Oberösterreich kam und hier auch sesshaft geworden ist. Beim Unabhängigen Bauernverband ist er seit 1985 Mitglied und heute in führender Position tätig. Seit 1991 ist der Innviertler Landwirtschaftskammerrat und somit dienstältester Kammerrat der Landwirtschaftskammer Oberösterreich. ÖR Johann Großpötl war Mitglied der Grundverkehrskommission, Funktionär in der Generalversammlung der Sozialversicherung, von 2015-2017 Mitglied im DLG-Milchausschuss; er ist seit 1999 Mitglied bei den European Dairy Farmers (EDF) und ist nach wie vor Mit-

Bild: Land Oberösterreich



KR ÖR Karl Keplinger, Margit Großpötl, KR ÖR Johann Großpötl und LH Mag. Thomas Stelzer.

glied im Hauptausschuss der Landwirtschaftskammer Oberösterreich. Der Bundes- und Landesvorstand des Unabhängigen Bauernverbandes gratuliert sehr herzlich zu dieser hohen Auszeichnung.

Hannes Winklehner mit Ökonomierat ausgezeichnet

Bild: Moritz Scheer – Scheer a Moment



Mag. Norbert Totschnig, Mag. Katrin Winklehner (Tochter) und ÖR Hannes Winklehner.

Nach einstimmigem Beschluss des Hauptausschusses der Landwirtschaftskammer OÖ hat Bundesminister Mag. Norbert Totschnig im Auftrag des Bundespräsidenten dem Landwirtschaftskammerrat a.D. und UBV OÖ Landesobmann-Stellvertreter Hannes Winklehner die höchste Berufsauszeichnung für Landwirte verliehen.

Hannes Winklehner war von 2009 bis 2021 UBV-Landwirtschaftskammerrat. Dieses Amt musste er aus gesundheitlichen Gründen abgeben, er ist weiterhin als Ersatzmitglied im Ausschuss für Rechts- und Wirtschaftspolitik vertreten. Er ist seit 2003 Mitglied im UBV und gründete 2007 die UBV-Bezirksgruppe Freistadt. Von 2015 bis 2021

war er stellvertretender Vorsitzender im Kontrollausschuss der LK OÖ. Seit 1990 ist Hannes Winklehner Mitglied der „Landwirtschaftlichen Einkaufsgemeinschaft LIC Freistadt“ und seit 2000 für die Abwicklung des gesamten Handelsdüngereinkaufs inkl. Verteilung (Be- und Entladung, Vorbereitung zur Verrechnung) zuständig.

Nach seiner Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister übernahm er 1994 den elterlichen Hof und stellte auf Stiermast um. Winklehner ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Die Landesgruppe des UBV gratuliert ÖR Hannes Winklehner zur höchsten Auszeichnung für Landwirte.

OÖ: UBV und Bauernbund im Clinch

Ein Kommentar von Klaus Wimmesberger (UBV) sorgt für Zoff mit dem OÖ Bauernbund bzw. Kammerchef. LK-Präsident Waldenberger druckt diesen nicht in der Kammerzeitung ab, weil er nicht „bauerfähig“ sei.

Einmal jährlich dürfen die Kammerräte der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer in einem Kommentar ihre Meinung zu einem Thema in der LK-Zeitschrift „Der Bauer“ abgeben. Aktuell wäre Klaus Wimmesberger vom Unabhängigen Bauernverband (UBV) an der Reihe gewesen. „Aufgrund der dramatischen Lage in unserer Landwirtschaft fiel dieses Jahr mein Kommentar sehr kritisch aus“, erklärt Wimmesberger. Der Landwirt aus Pram im Bezirk Grieskirchen geht darin vor allem mit dem Bauernbund hart ins Gericht. Dieser tue zu wenig für die Bäuerinnen und Bauern, so der Tenor des Kommentars.

Kammerrat Wimmesberger teilt aus

Als Beispiele führt Wimmesberger u.a. an „eine Landesrätin, die auf Festen heile Welt spielt, statt endlich für uns zu arbeiten“ und „eine Abgeordnete zum Nationalrat des BB, die uns Bauern ausrichten lässt, dass wir uns die Teuerungen nur einbilden“. Und der UBV-Kammerrat mutmaßt, dass es „ihnen nur noch um das Absichern ihrer lukrativen Posten geht“.

Für LK-Präsident Franz Waldenberger waren dies offenbar der Angriffe zu viel. Er strich kurzerhand die für den 21. De-

zember im Bauer vorgesehene Veröffentlichung des Kommentars von Wimmesberger. Dieser kann dies überhaupt nicht nachvollziehen. „Natürlich ist es mir bewusst, dass ich damit provozieren. Doch ich will wachrütteln, wichtige Themen ansprechen“, erklärt der Landwirt dazu.

In dieser Form nicht „bauerfähig“

Auf Nachfrage beim Präsidenten erhielt Wimmesberger als Begründung per E-Mail, dass sein Kommentar sich eher für eine fraktionelle Aussendung eigne. Da könne man auch ungeniert über andere Fraktionen herziehen, das habe aber im Bauer keinen Platz. Weiters bezeichnete Waldenberger zumindest Teile des Kommentars „als politische Polemik und dafür ist in unserer Kammerzeitschrift kein Platz.“

Zwar änderte Wimmesberger seinen Kommentar daraufhin an einigen Stellen noch ab. Doch Waldenberger bleibt bei seinem Standpunkt und der Nicht-Veröffentlichung. Für Wimmesberger ein Affront: „Wo bleibt da die Meinungsfreiheit. Ich werde mit allen Mitteln kämpfen, damit die Redefreiheit und Pressefreiheit gewahrt bleibt.“

top agrar

Wohin gehst du Bauernbund

Was ist los mit dieser einst so stolzen Organisation? Statt für uns Bäuerinnen und Bauern zu arbeiten, führen sie lieber Kleinkriege gegen die eigenen Standeskollegen. Die Angst vor einem Aufstand von uns Bauern und dass wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen, weil wir die Kompetenz der Betroffenen haben, lässt den Bauernbund wild um sich schlagen. Eine Landesrätin, die lieber verurteilten Parteifreunden Ehrungen erteilt und auf Festen heile Welt spielt, statt endlich für uns zu arbeiten und eine Abgeordnete zum Nationalrat des BB, die uns Bauern ausrichten lässt, dass wir uns die Teuerungen nur einbilden, sind nur die Spitze des Eisberges. Es geht ihnen nur noch um das Absichern ihrer lukrativen Posten. Viele Anträge von uns (Herkunftskennzeichnung, AMA, GAP, Wolf, Agrardiesel...) werden als Wünsche ans Christkind herabgewürdigt. Auf Bauern und wehren wir uns. Für mich gilt, frei nach Mikl-Leiter und Schmid: „Ich gehöre lieber zum Bauerngesindel, als eine Hure der Reichen zu sein!“

Keplinger sieht keinen Grund für Jubel

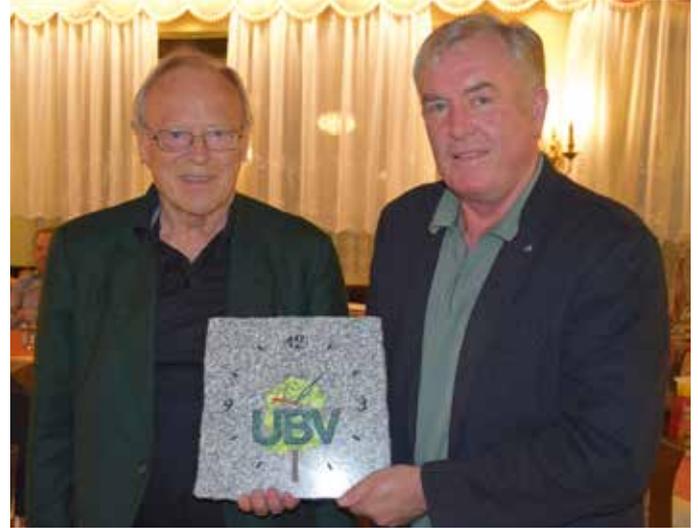
Laut Landwirtschaftsministerium erhöht sich das Einkommen der Bauern: der Stundenlohn in der Landwirtschaft steigt somit von 5 auf 6,30 Euro. Doch laut UBV-Obmann Karl Keplinger ist es nominell auf dem Stand von 2011, real auf dem Stand von 2000. Trotz enormem Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist das Einkommen eigentlich nie gestiegen. Die erhöhten

Auflagen für die Bauern, die jetzt als realitätsfremd bezeichnet werden, sind von der Landwirtschaftskammer selbst mitverhandelt und mitgetragen und vom Landwirtschaftsminister in der EU mitbeschlossen worden. Ein Inflationsausgleich für Ausgleichszahlungen wurde von den Parteibauern in der Landwirtschaftskammer sogar abgelehnt.

Noch ein Vergleich: das gesamte Agrar-

budget für das Jahr 2023 beträgt 2,832 Milliarden Euro. Kammer und Minister betonen immer, es gebe nicht mehr Geld und man müsse froh sein, nicht weniger zu bekommen! Hingegen ist es offensichtlich kein Problem, im neuen Jahr 2 Milliarden Euro mehr für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst auszugeben. Es wäre daher gut, wenn das Agrarbudget auch so verhandelt und in gerechtere Hände kommen würde!

UBV ehrt engagierte Mitglieder



Johann Parzer (l) und Dr. Heinrich Birnleitner haben für die Bauern hohe Verdienste erworben, der UBV überreicht ihnen als Dank und Anerkennung eine Uhr aus Mühlviertler Granit.

Johann Parzer aus Taiskirchen hat sich für höhere Entschädigungszahlungen bei Enteignungen eingesetzt; dank seiner Hartnäckigkeit und Rechtskenntnis haben viele Bauern eine wesentlich bessere Verhandlungsposition was sich in deutlich besseren Zahlungen niederschlägt – lesen Sie dazu den Beitrag in der Ausgabe vom Juni 2022 auf Seite 12 unten.

Dr. Heinrich Birnleitner hat sich mit der Modernisierung des Jagdgesetzes auseinander gesetzt und dank seiner profunden Kenntnis der Rechtslage dazu beigetragen, die gesetzliche Grundlage für Bauern und Grundeigentümer wesentlich zu verbessern – lesen Sie dazu den Beitrag in der Ausgabe vom März 2022 auf den Seiten 10 und 11.

Oberösterreichs Landesregierung hat wenig für die Landwirtschaft übrig!

Das traditionelle Treffen des Österreichischen Bauernverbandes (UBV) mit dem Bayerischen Bauernverband fand am 28. Dezember 2022 in Scharding statt. Es gab einen intensiven Meinungsaustausch unter anderem über das bayerische Agrarbudget der Landesregierung von CSU und Freien Wählern, das am Landesbudget 2,5 % ausmacht, während in Oberösterreich unter der ÖVP-FPÖ Landesregierung der Anteil des Agrarbudget nur 1,1 % beträgt.

Auch die Güllegrubenabdeckung wurde diskutiert. In Bayern brauchen nur die neuerrichteten Güllebehälter eine Abdeckung. Bei den bereits bestehen-

den gilt der bauliche Bestandsschutz. Für die Hofnachfolger in Bayern gibt es 134 Euro/ha, in Oberösterreich sind nur 66 Euro/ha vorgesehen.

Das Entschädigungsverfahren im Stromleitungsverfahren im Innviertel ist bei Gericht entschieden, die Entschädigungssätze des Sachverständigen wurden bestätigt, vervielfacht, so UBV Mandatar Parzer. Alle Behauptungen der LWK bei den Info-Vorträgen zur Stromleitung in Bad Leonfelden und Helfenberg sind nicht eingetreten. Die Landwirtschaftskammer war bei diesen Verfahren alles andere als eine Hilfe und Unterstützung.

In Bayern, so Felßner, werden pro 100 lfm 50.000.- Euro von den Energieunternehmen ohne Gerichtsverfahren bezahlt. So wurde es vom Bauernverband ausverhandelt.

Einen ausführlichen Bericht zu diesen Themen wird es in der nächsten Ausgabe geben.

Beide Präsidenten, Günter Felßner und Karl Keplinger, waren sich einig, dass wenn es eine Einkommenssicherheit in der Landwirtschaft gibt, folgt die Versorgungssicherheit automatisch. **Einig war man sich auch, dass Rentabilität vor Nachhaltigkeit stehen muss.**

Neuer Vorstand und Kritik am Grünen Grundverkehr

Die Landtagsabgeordnete Dr. Karin Dollinger (SPÖ) kritisierte in ihrem Gastvortrag scharf die Misere beim Grünen Grundverkehr in Salzburg, Obmann Josef Tiefenbacher wurde im Amt bestätigt und zeigte in seinem Bericht den katastrophalen Stand bei der Feststellung der Almfutterflächen auf – soweit die Highlights der Jahreshauptversammlung.



Der UBV-Landesverbandstag Salzburg lockte Gäste von nah und fern, vl: UBV Bundesobmann Karl Keplinger, Franz Wieder, Landesobmann Salzburg Josef Tiefenbacher, Peter Löcker, Dr. Karin Dollinger (SPÖ), Landesobmann Tirol Alfred Enthofer, Stefan Weiß

Diese fand am 4. Dezember 2022 nach zwei Jahren krisenbedingter Pause im Goinstüberl in Kuchl statt, Obmann Josef Tiefenbacher konnte ca. 60 Mitglieder und Interessierte begrüßen. Er sprach in seinem Bericht die satellitenunterstützte Flächenfeststellung auf Almen und die Computerauswertung der Futterflächen an. Er stellte fest, dass die AMA und das Landwirtschaftsministerium nicht fähig sind, eine sinnvolle Almfutterflächen-Feststellung auf die Beine zu stellen. Mit der neuen Methode werden die Flächen in vielen Fällen wieder massiv weniger, was eine praktikable Bewirtschaftung der Almen praktisch unmöglich macht.

Anträge versickern in den Schubladen

Weiters berichtete der Obmann über die Arbeit in der Landwirtschaftskammer und die dort vom UBV Salzburg

eingebrachten Anträge. Er stellte fest, dass fast alle Anträge des UBV zur Kenntnis genommen werden und dann verschwinden. Er sprach die Verordnung des Kälberauslaufes ab dem achten Lebenstag im Bio-Bereich an, der vielen Betrieben Probleme bereitet. Laut Info der Landwirtschaftskammer wollen bis zu 300 Biobetriebe in Salzburg aus Bio aussteigen, als Gründe werden die Vorgaben im neuen ÖPUL und die AMA-Auflagen genannt. Er stellte auch fest, dass die Zahlen für die Ausgleichszahlungen immer wieder vom Landwirtschaftsminister und vom Bauernbund falsch dargestellt werden. Anstatt dem Minus von 200 Millionen Euro pro Jahr gegenüber den vorigen Perioden wird ein Plus für die Bauern herbeigeredet: 2010 bis 2015 1,8 Milliarden und 2023 bis 2027 1,6 Milliarden Euro. Der Obmann zeigte auf, dass die Preiserhöhungen bei Milch und Fleisch die Kosten durch die

höheren Betriebsmittelpreise und die allgemeine Teuerung bei weitem nicht abdecken.

Vorstand entlastet und bestätigt

Der Kassabericht war kurz und die Kassaprüfer stellten eine korrekte Kassaführung fest. Die Entlastung des Vorstandes und des Kassiers war einstimmig. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Josef Tiefenbacher wieder zum Obmann gewählt. Der weitere gesamte Vorstand wurde, bis auf den Kassier, der jetzt Rupert Hollaus heißt, wiedergewählt. Der UBV Salzburg bedankt sich bei Herbert Lienbacher für seine hervorragende Arbeit als Kassier und wünscht ihm weiterhin alles Gute.

Gastvortrag zeigt Gesetzesbruch zu Lasten der Bauern auf

Die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Karin Dollinger zeigte in ihrem Vortrag auf, was in der Grundverkehrskommission alles falsch gelaufen ist. Es ist ganz klar zu erkennen, dass bewusst das Gesetz nicht eingehalten wurde. Zum Nachteil für Viele wurden einzelne Grundstücke, die eigentlich für die Landwirte gedacht sind, an nicht berechnete Personen verkauft. Es wäre kein neues Grundverkehrsgesetz notwendig, wenn das Alte eingehalten worden wäre. Die Conclusio aus dem ganzen Polit-Spektakel ist, dass hier viele Sauereien zum Nachteil der Bauern passiert sind.

Nach einer regen Diskussion ließ man die Jahreshauptversammlung bei Weißwürsten, Kaffee und Kuchen und einigen Bieren ausklingen.

Stefan Weiß

Alle bekommen eine Lohnerhöhung, nur bei den Bauern wird es wieder weniger

Die letzten Gehaltsrunden bei den Metallern, Beamten und der Sozialwirtschaft zeigen wieder ein kräftiges Plus bei den Lohnabschlüssen: Metalller + 7,4 %, Sozialwirtschaft + 8 %, Handel + 7,31 %, Politikergehälter + 5,3 % und die Beamten bekommen + 7,32 % im Durchschnitt. Doch wie sieht es bei uns Bauern aus? Da werden, damit wir von der öffentlichen Hand unsere gerechtfertigten Ausgleichszahlungen bekommen, die Anforderungen mit jeder Periode gravierend in die Höhe geschraubt. Nur das Traurige dabei ist, dass das Geld von Periode zu Periode weniger wird. Was macht unsere Berufsvertretung dagegen? Nichts! Im Gegenteil,

wenn wir mehr Geld für die höheren Anforderungen und eine gerechtfertigte Indexanpassung der öffentlichen Gelder fordern, bekommen wir Wortmeldungen wie: das ist gegen den freien Wettbewerb, da bekommen wir von der EU ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Wettbewerbsverzerrung. Wieviel Wettbewerb darf es in einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geben? Sollte Gemeinsame Agrarpolitik nicht Zusammenarbeit aller europäischen Bauern für eine sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung der Bevölkerungen der einzelnen Mitgliedsstaaten und darüber hinaus für alle EU-Bürger heißen? So wie die GAP

derzeit aufgebaut ist, müsste diese eigentlich Gemeinsame Bauernvernichtungspolitik (GBVP) heißen.

Ohne uns Bauern gibt es keine sichere Lebensmittelversorgung und auch keine gepflegte Kulturlandschaft. Ohne gepflegte Kulturlandschaft wären viele Teile Österreichs unbewohnbar und es gäbe dadurch auch keinen Tourismus in Österreich. Wir Bauern stellen diese viel beworbene Kulturlandschaft GRATIS zur Verfügung. Darum fordert der UBV dringend eine Indexanpassung der öffentlichen Gelder.

*Herbert Hochwallner,
Obmann UBV NÖ, Bgld, Wien*

Landesleitungssitzung am 3. Oktober



Alle Vortragenden auf einen Blick: Johann Hölzl, BKR Franz Fink, LKR Herbert Hochwallner, Präsident der LK NÖ Nationalrat Johannes Schmuckenschlager, BKR Gottfried Leitner, LKR Josef Handl, LKR Hubert Buchinger, Mag.(FH) Josef Kaltenegger.

Höhepunkt war der Vortrag von Präsident der LLWK NÖ NR Johannes Schmuckenschlager und DI Andreas Schlager.

In weiteren Diskussionsblöcken wurden folgende Themen diskutiert:

- Demokratie - Landjugend - Bäuerinnen in der Landwirtschaftskammer; Gottfried Leitner, Franz Fink
- Selbstvermarktung - Urproduktion; Johann Hölzl
- Markt - Werbung - Leistbarkeit der landwirtschaftlichen Produkte Werbung - Tierhaltung Landwirtschaft Österreich - keine Abgeltung sonst zu hochpreisig? Josef Handl
- Energie; Herbert Hochwallner
- CO₂ in der Landwirtschaft - Spielregeln am Markt; Mag. (FH) Josef Kaltenegger
- GAP - Mehraufwand - Ausgleichszahlungen - Investitionszuschüsse - Wertanpassung - Inflationsanpassung (Russland Sanktionen?) Hubert Buchinger

Landeslandwirtschaftskammer Präsident NR Johannes Schmuckenschlager und auch die Vortragenden der Kurzbeiträge standen Rede und Antwort von 20:30 bis kurz nach 1 Uhr.

Wahlen stehen an

Spannender UBV Informationsabend am 13. Dezember in Eberau im Südburgenland. Dies war gleichzeitig die zweite Vorbesprechung zur LK-Wahl am 26. März 2023. Dabei wurde unser UBV-Programm „Landwirtschaft neu denken und gestalten = ökosozial leben“ von Mag. (FH) Josef Kaltenegger (im Bild 1.v.l) erläutert und ebenso die Grundlagen des UBV von Herbert Hochwallner vorgestellt.

Die seitens der Politik gestalteten Spielregeln stoßen immer mehr Bauern mehr als nur sauer auf. Das konnte man auch im Burgenland feststellen. Die Bauern scheuen keine Arbeit, aber nur Schikanen und keine ökonomischen Perspektiven machen sie zunehmend grantig, um nicht zu sagen wütend.

Back to the roots – zurück zu den Wurzeln. Josef Kaltenegger zeigte Beispiele für Lösungen zu neuen Spielregeln auf. Er zeigte auf, welche Rahmenbedingungen es konkret braucht und wie man diese gestalten kann, wenn man will.



Am Bild die Organisatoren rund um Herbert Hochwallner (1.v.r. vorne), LKR und UBV Obmann in NÖ.



Der Anfang ist gemacht in Burgenland, hier die Teilnehmer der ersten Vorbereitungsgespräche zur LK-Wahl in Burgenland.

Kärnten

Warum können manche so erfolgreich verhandeln?

2 Milliarden Lohnerhöhung – für den öffentlichen Dienst ist das möglich! Doch wir Bauern schaffen es nicht einmal den Inflationsausgleich von 600 Millionen für 25 Jahre zu verhandeln. So wenig also kostet dem Staat die Landwirtschaft.

Unbestritten ist, dass die Einkommen in der Landwirtschaft auf zwei Säulen

aufgebaut sind: dem Produkterlös und den Ausgleichszahlungen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Landwirtschaft betragen in Österreich etwa 2 Milliarden Euro per Jahr. Inflationsanpassung wurde seit dem EU-Beitritt keine vorgenommen. Somit ergibt sich bis heute ein Kaufkraftverlust von etwa 30 Prozent.

Es sollte jedem zu bedenken geben, dass eine einmalige Lohnerhöhung für den öffentlichen Dienst das Budget gleich belastet wie die Summe der Agrarförderung pro Jahr.

Heimo Urbas



Tiroler Parteien: Klare bis schwammige Ideen zu Bauernfragen

Der UBV übermittelte vor der Tiroler Landtagswahl im letzten Jahr Fragen an die Spitzenkandidaten der kandidierenden Parteien. Wir wollten dabei konkret erfragen und erfahren, wie die einzelnen Parteien zu aus der Sicht der Bauern wichtigen Fragestellungen stehen. Nachstehend die Zusammenfassung der Antworten. Die Details findet ihr zum Downloaden/Nachlesen auf der UBV- Website <https://www.ubv.at/ubv-tirol/>. Die Fragen lauteten wie folgt:

1) Abgeltung der Inflation – jedenfalls bei Ausgleichszahlungen?

Ja: FPÖ, GRÜNE

Schwammig/Jein: SPÖ

Nein: Liste FRITZ

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

2) Gleiche Spielregeln in der Produktion bei Produkten im LEH

Ja: FPÖ, Liste FRITZ

Schwammig/Jein: SPÖ

Nein: GRÜNE

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

3) Maximal 100% Preisaufschlag im LEH beim Handel mit Lebensmitteln

Ja: FPÖ, Liste FRITZ

Schwammig/Jein: SPÖ

Nein: GRÜNE

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

4) Stopp des unkontrollierten Handels mit Lebensmitteln – Kontrollen

Ja: FPÖ, Liste FRITZ, SPÖ, GRÜNE

Schwammig/Jein:

Nein:

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

5) Echte Leistungsabgeltung für von Bauern erbrachte Leistungen (was ist 1 ha Kulturland wert?)

Ja: FPÖ, SPÖ, GRÜNE

Schwammig/Jein:

Nein: LISTE FRITZ

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

6) Wolf Abschuss, er gefährdet tausende Bauernexistenzen und damit Kulturen

Ja: FPÖ, SPÖ

Schwammig/jein: LISTE FRITZ, GRÜNE

Nein:

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

7) Abgeltung – Speicherung CO₂ & Produktion Sauerstoff durch Landwirte

Ja: FPÖ, SPÖ

Schwammig/jein: LISTE FRITZ, GRÜNE

Nein:

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

8) Abgeltung aller Leistungen national, die nicht über GAP bezahlt werden

Ja: FPÖ, GRÜNE (Modell abändern), LISTE FRITZ

Schwammig/jein:

Nein: SPÖ, will anderes Abgeltungsmodell

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

9) Reform der Landwirtschaftskammer Tirol (Wahlrecht,

Ja: FPÖ, GRÜNE, LISTE FRITZ

Schwammig/jein: SPÖ (will sich nicht einmischen)

Nein:

Keine Reaktion: ÖVP, NEOS

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die UBV-Überlegungen eine hohe Zustimmung bei den Parteien finden, welche es der Mühe wert fanden, sich mit den UBV-Fragen auseinander zu setzen. Abgelehnt oder eher sehr schwammig wurde in der Regel dann



Alfred Enthofer



Christoph Astner



Michael Kröll



Ludwig Guggenbichler



Hubert Enthofer



Michael Volland



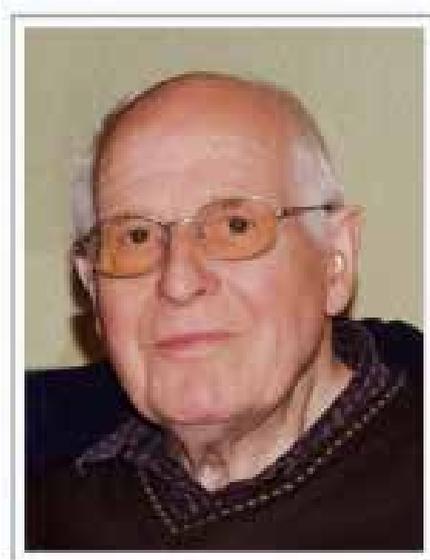
Anna Klammer



Benjamin Kerschbaumer

Unsere Mandatare

eine Frage beantwortet, wenn dies im eigenen Bereich auch Folgen haben könnte. Einige Fragen würden sicher im Zuge einer sachlichen Diskussion auch die Zustimmung finden. Unser Ziel sind daher Gespräche mit allen Parteien zu unseren Anliegen. Sachlich, konkret und zielorientiert wollen wir so politische Parteien dazu bewegen, die Spielregeln für uns Bauern dort zu verbessern, wo wir es noch im Land Tirol oder auf Bundesebene tun können. Wir konnten mit unseren Fragen und den Antworten auch beweisen, dass der UBV mit ALLEN Parteien in den Dialog treten kann, auch wenn nicht jede es der Mühe wert findet, sich dazu zu äußern. Wir sind überzeugt, dass sich auch das ändern wird.



Abschied von Burkhard List

NÖ verlor mit Burkhard List einen seiner Landesverbandsgründer. Unser langjähriger Obmann des Weinviertels und Weinbauernsprecher verstarb am 29. Oktober im 96sten Lebensjahr. Er war Mitinitiator und Delegationsleiter bei vielen Vorsprachen in Land und Bund. Dazu schaute er jede Woche im Verbandsbüro vorbei, um sich genau zu informieren. Durch den schlechten Weinpreis Ende der 1960er Jahre suchte Burkhard List einen neuen Absatzweg für seinen Wein. Mit der Handelstation List in Baumgarten an der

Hornerstraße, die er mit seiner Frau und Helfern zu einem bekannten Treffpunkt machte, gewann er viele Freunde. Viele Veranstaltungen des NÖ Landesverbandes fanden auch an diesem Ort statt, und wem es vergönnt war, die Ahnengalerie der Familie List zu sehen, dem wurde bewusst, warum sich der Verstorbene so sehr für die Rechte der Bauern stark machte. Am 5. November wurde Burkhard List im Familiengrab in Gr. Weikersdorf zur letzten Ruhe bestattet. Danke Burkhard für Dein Wirken und Deine Freundschaft.



Abschied von Wilfried KR Ing. Wilfried Scherner

Ein langjähriger Freund und Wegbegleiter ist nicht mehr unter uns. Wilfried Scherner ist am 6. Dezember im 86sten Lebensjahr verstorben. Durch seinen Onkel wurde er Bauer und kaufte sich in Kautzen einen Betrieb. Der Onkel war es auch, der ihn schon in den 1960er Jahren mit dem Bauernstand in Verbindung brachte. Hier lernte er nicht nur für die Rechte der Bauern einzutreten, sondern auch seine Frau Hildegard kennen. Schon bald übernahm Ing. Scherner verschiedene Funktionen im Bauernverband und 1974 wur-

de er zum Landesobmannstellvertreter gewählt, um schon 1979 die Funktion des Landeobmannes zu übernehmen, die er bis 1994 inne hatte. Neben dieser Tätigkeit und der Unabhängigkeit war es dem Verstorbenen über viele Jahre vergönnt, neben all seinen Aufgaben auch noch im Gewerbebereich als Landesprodukthändler und mit einer Teichgräberei aktiv zu sein. Neben seiner Familie trauern wir auch um einen Freund, der immer wieder Anregungen und Ideen vorbrachte, um den Bauernverband weiterzubringen.

Gratulation um 85. Geburtstag!



Der halbrunde Geburtstag unseres langjährigen UBV Landesobmannes Dr. Gernot Kubasta wurde gebührend gefeiert, im Bild (v.l.) Obmann Herbert Hochwallner, Bez Amstet-

ten; Erich Zahnt, Bez Scheibbs; Ernst Fuchs, Bez St. Pölten; Jubilar Dr. Gernot Kubasta, Bez. Amstetten und Frau, Josef Schmidt, Bez Gänserndorf.

Reise nach Schottland

Termin: 15. - 19. August

Die Reise nach Schottland ist in Vorbereitung, das Programm konnte aber noch nicht endgültig fixiert werden.

Wir werden Sie informieren, wenn alle notwendigen Einzelheiten geklärt sind – nutzen Sie als Infoquelle auch unsere Website www.ubv.at

Weitere Einzelheiten unter office@ubv.at oder 0650/2624245

Im Schatten des Krieges

Weizen für den Hunger in Afrika und frieren für den Frieden in Europa. Zwei heroische Visionen aus den Köpfen europäischer Spitzenpolitiker. Die Homepage der UNO zeigt, dass im August 52 Frachtschiffe die Häfen im Schwarzen Meer verließen und ihre Fracht von 1,1 Millionen Tonnen Getreide und Ölsaaten in 18 Ländern löschten, wovon mehr als die Hälfte in Europas Futtermittelindustrie ging. In den mittleren Osten gingen 185 Tausend Tonnen und 246 Tausend Tonnen zur Bekämpfung des Hungers nach Afrika. Die Ukraine kann nach wie vor zollfrei in die EU exportieren und drückt

damit die Erzeugerpreise unserer Produzenten, versorgt die großen Schweinemastanlagen in Spanien und die holländischen Milchproduzenten ohne eigene Futtermittelproduktion mit billigem Rohstoff. Russland dreht nach Lust und Laune am Gashahn, bewirkt auf europäischer Seite exorbitant steigende Energiepreise und infolgedessen spartenweise Einstellung der Produktion – siehe Düngemittelherstellung. Die EU-Sanktionen wirken, leider immer mehr in die falsche Richtung

Kommentar von LK-Rat Georg Schickbauer

Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Bauern sind Profis auf dem Feld und im Stall, für ihr Recht müssen die Rechtsexperten ran. Und da ist halt nicht jeder Profi, wenn es um landwirtschaftliche Spezialfälle geht. Doch woher soll der Bauer wissen, ob sein Rechtsbeistand wirklich topfit in der Materie ist? Wir vom UBV haben uns umgehört und echte Profis an der Hand. Wenn Sie also ein Rechtsproblem haben: Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte. Dazu eine Bitte: Rechtzeitig Kontakt aufnehmen, nicht erst wenn der Prozess schon fast verloren ist. Und noch ein heißer Tipp: Schließen Sie eine **Rechtsschutzversicherung** ab! Und überprüfen Sie Ihre Haftpflichtversicherung! Die Deckungssumme von 5 Mio. Euro ist empfehlenswert.

Weitere Infos unter **office@ubv.at** oder WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22; matthias.wallner@wbv.at

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden? Hilfe bei **Fixzinsen**, Umschuldung, Leasing und Sanierung bietet

Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.



Auf das Papier gebracht.

Von unseren Druckern

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH
Viktor-Franz-Straße 9
A-8051 Graz
T (0316) 68 52 55
rehadruck@rehadruck.at
f www.rehadruck.at

 **RehaDruck**
sozialfair

Österreichische Post AG
MZ 02Z030371 M
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

Retouren bitte an:
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting